16.08

Abgeordneter Gerhard Schmid (ohne Klubzugehörigkeit): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Zum Thema Ausbildungspflicht: Eine fundierte Ausbildung ist die Grundlage für einen erfolgreichen Lebensweg. In Zeiten anhaltend steigender Preise für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs sowie hoher Lohnnebenkosten ist eine gute und abgeschlossene Berufsausbildung wichtiger denn je.

Prinzipiell wäre einer Ausbildungsverpflichtung zuzustimmen, dieser Antrag ist jedoch als realitätsfremd abzulehnen.

Dieses Ausbildungspflichtgesetz geht von einer Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr aus und zielt somit vordergründig auf Lehrberufe ab. Fakt ist jedoch, dass nicht genügend Lehrplätze bestimmter Berufsgruppen für auszubildende Jugendliche angeboten werden können. Für eine große Anzahl Auszubildender liegt die Hürde bereits bei der Suche nach einem qualifizierten Ausbildungsplatz.

Die Wichtigkeit einer Ausbildung bis 18 ist nicht in der Ausbildungsdauer, sondern vielmehr im Ausbildungserfolg und einem positiven Abschluss gelegen.

Der Gesetzgeber ist gefordert, Maßnahmen zu setzen, um den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben mit einer entsprechenden Ausbildung zu erleichtern. Ausbildende Unternehmen wie auch Auszubildende sollten beispielsweise für die Dauer der Lehrverpflichtung im Bereich der Lohnnebenkosten entlastet werden. Ebenso könnten steuerliche Erfolgsprämien für positiv abgeschlossene Berufsausbildungen angedacht werden. Aber eine rein zeitliche Verpflichtung, quasi ein Absitzen der Ausbildungsverpflichtung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres geht am Ziel vorbei.

Der gegenständliche Antrag befasst sich weiters mit der Ausbildung asyl- und schutzberechtigter Jugendlicher, wonach diese Ausbildungsverpflichtung auch für diese Personengruppe Gültigkeit haben soll. Eine Grundausbildung einschließlich einer Sprachausbildung erfordert durchschnittlich sieben Jahre. Da Asyl allerdings definitiv kein Recht auf Dauer ist und bestenfalls nach drei Jahren die jeweiligen Asylgründe neu überprüft und bewertet werden, ist ein Ausbildungsabschluss nicht zu erwarten.

Wenngleich Bildung und Beschäftigung die Integration fördern, sind eine gemeinsame, gesamtheitliche Betrachtung und Gesetzgebung in dieser Form weder zielführend noch sinnvoll. – Danke.

16.11

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste: Frau Abgeordnete Mag. Korun. – Bitte.